

Jeroen O. Hess

Umweltpolitik und Mentalität in den Niederlanden und Deutschland. Eine vergleichende sozialpsychologische Studie

1. Die aktuelle Umweltpolitik

In den Niederlanden und in Deutschland wird seit einigen Jahren eine sehr unterschiedliche Umweltpolitik geführt. Die rotgrüne Regierung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen hat sich seit ihrem Regierungsantritt im Jahr 1998 auf dem Gebiet des Umweltschutzes eine europäische Spitzenposition zum Ziel gesetzt und den Klimaschutz zu einem der Schwerpunkte ihrer Politik gemacht. Als Folge dieser Ausrichtung hält sich Deutschland bei der Zurückdringung der CO₂-Emissionen weitgehend an die Verabredungen des Kyoto-Vertrags und setzt in hohem Maße auf die Verwendung erneuerbarer Energien. So hat die Bundesrepublik international eine führende Rolle bei der Einführung der Windenergie und beteiligt sich intensiv an der Forschung und Anwendung von Sonnen- und Bioenergie.¹ Aber auch Beispiele im alltäglichen Bereich lassen sich nennen wie gut organisierte Recyclingsysteme. Abfall wird selbst auf öffentlichen Plätzen und auf Bahnhöfen getrennt eingesammelt.

Für die beiden in den Niederlanden seit dem Sommer des Jahres 2002 regierenden Mitte-Rechts-Koalitionen unter Führung des Christdemokraten Jan Peter Balkenende hat die Umweltpolitik dagegen einen deutlich geringeren Stellenwert als für die Regierung Schröder. Auch gegenüber den vorhergehenden Kabinetten sind wichtige Veränderungen eingetreten. So werden die Umweltfragen seit dem Jahr 2002 statt durch einen Minister nur noch durch einen Staatssekretär behandelt, und das Umweltbudget wurde stark gekürzt. Für den Zeitraum von 2004 bis 2007 ist eine weitere Kürzung von 900 Millionen Euros vorgesehen. Wichtige umweltpolitische Zielsetzungen wurden dabei fallengelassen. Für die Bevölkerung besonders sichtbar war die Abschaffung der Subventionierung des sog. ‚grünen‘, d.h. auf umweltfreundliche Weise erzeugten Stroms und des Einbaus von Sonnenkollektoren in Privathäusern. Die Folge dieser Politik ist der Verlust einer Position in der europäischen Führungsspitze, wie sie die Kabinette Kok vor dem Jahr 2002

¹ EUROPEAN ENVIRONMENTAL AGENCY (EEA), *Europe's Environment. The Third Assessment*, Kopenhagen 2003.

noch angestrebt hatten; möglicherweise drohen die Niederlande selbst den Anschluß an die übrigen EU-Mitgliedstaaten zu verlieren.²

Diese Verschiedenheit der politischen Ausrichtung geht zum Teil auf Unterschiede in der politischen Struktur und Kultur beider Länder zurück. Die 1979 erfolgte Vereinigung der Kräfte von Umwelt-, Frauen- und Friedensbewegung in Deutschland in einer lange innerlich zerrissenen, im Laufe der Jahre aber immer handlungsfähiger werdenden politischen Partei hat den Grünen in Deutschland einen Einfluß gesichert, der in den Niederlanden ebensowenig ein Äquivalent kennt wie die Mehrheitsfähigkeit von Grünen und Sozialdemokraten. Grüne Themen finden in Deutschland zudem seit Jahrzehnten eine größere Aufmerksamkeit, wenn man z.B. an Fragen wie das Waldsterben oder die Gefahren der Kernenergie denkt.

Für den Prioritätsverlust der Umweltpolitik in den Niederlanden muß vor allem auf den politischen Erdbeben des Jahres 2002 hingewiesen werden, wie er durch das Auftreten des Populisten Pim Fortuyn verursacht wurde. Dieser hatte nicht nur jene Rechtsverlagerung der niederländischen politischen Landschaft zur Folge, die die Bildung der Kabinette Balkenende ermöglichte, sondern fixierte auch die öffentliche Debatte auf Themen wie Immigration und innere Sicherheit. Die seit nun zweieinhalb Jahren geltende geringere Priorität der Umweltpolitik hat in den Niederlanden neben den unmittelbaren Auswirkungen auf die Umweltsituation, wie z.B. durch eine Verlangsamung der CO₂-Reduktion und die schon genannte Rücknahme der Förderung alternativer Energien, auch Folgen für die kollektive Bildformung und Mentalität in Umweltfragen.

2. Fragestellung und Methode der Studie

Das Verhältnis von Regierungspolitik der Zentralregierungen beider Länder einerseits und der Entwicklung individueller Mentalität andererseits steht im Mittelpunkt des vorliegenden Artikels. Dabei stütze ich mich auf meine Abschlußarbeit für das Fach Sozialpsychologie an der Universität van Amsterdam, in deren Rahmen ich im Frühjahr 2004 eine Umfrageuntersuchung in den Hauptstädten Berlin und Amsterdam durchgeführt habe.³ Sie beruhte auf einer Kombination von vergleichenden und experimentellen Forschungsmethoden. In den vergleichenden Sektoren richtete sich die Aufmerksamkeit vor allem auf Mentalitätsunterschiede zwischen den deutschen und niederländischen Umfragepopulationen. Zugleich wurden die unterschiedlichen Einschätzungen der Umweltpolitik der eigenen Regierungen in der jeweiligen Population untersucht. Im experimentellen Teil der Studie wurde anschließend mit Hilfe der Präsentation zweier unterschiedlicher Szenarien unter-

² RIJKSINSTITUUT VOOR VOLKSGEZONDHEID EN MILIEU (RIVM), *Milieubalans 2004*, Deventer 2004; MILIEU- EN NATUURPLANBUREAU RIVM, *Milieu- en Natuureffekten Hoofdlijnenakkoord Kabinet Balkenende-2, Rapport 500013002*, Bilthoven 2003.

³ J.O. HESS, *Het individu en het milieuvraagstuk. Milieubeleid en mentaliteit in Nederland en Duitsland. Een vergelijkende sociaalpsychologische studie*, Examensarbeit Universität van Amsterdam 2004.

sucht, auf welche Weise die Einschätzungen der Befragten durch die Wahrnehmung der potentiellen weiteren umweltpolitischen Orientierung beider Regierungen beeinflußt werden. Die unterschiedlichen Reaktionsmuster zeigen die zu einem bestimmten Zeitpunkt (hier: im April und Mai 2004) vorhandenen Unterschiede in Einschätzungen und Handlungsabsichten innerhalb der deutschen und der niederländischen Umfragepopulation. Indem er gezielt die Wirkung verschiedener politischer Optionen sichtbar macht, erlaubt dieser Forschungsansatz auch Rückschlüsse auf die Art und Weise, wie die unterschiedliche Politik beider Regierungen den wahrgenommenen Mentalitätsunterschieden zugrunde liegt. Unter dem Gesichtspunkt der Repräsentativität der Umfragen für beide Gesellschaften wurden heterogene Umfragepopulationen ausgewählt, deren Zusammenstellung in beiden Ländern hinsichtlich Geschlecht, Alter und sozialökonomischem Status weitgehend übereinstimmte.⁴

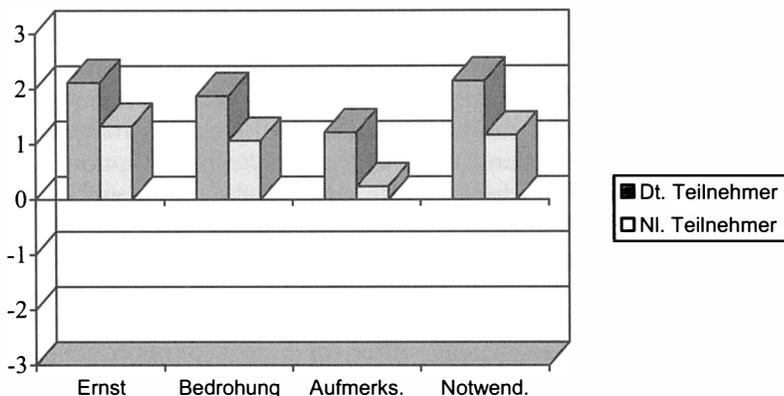
3. Die Forschungsergebnisse

Die Resultate der vergleichenden Forschungsteile zeigen deutliche Mentalitätsunterschiede (siehe dazu Tabellen 1.1 und 1.2). Die befragten Deutschen schätzten den Ernst und die Bedrohlichkeit aktueller Umweltprobleme höher ein als die niederländischen Respondenten. Auch zeigten erstere ein größeres Interesse an diesbezüglichen Informationen. Dieses unterschiedliche Interesse stimmt mit der beschriebenen Blickpunktveränderung in der niederländischen Gesellschaft überein.

Die statistische Analyse zeigte die größere Aufmerksamkeit für die Problematik und das stärkere Bewußtsein für ihren Ernst bei den deutschen Respondenten als Ursache dafür, daß diese die Notwendigkeit eigenen umweltbewußten Handelns höher einschätzten. Die Wirksamkeit dieses persönlichen Einsatzes wurde in der deutschen Population zudem für höher erachtet.

⁴ Befragt wurden in den Niederlanden und Deutschland jeweils 170 Personen. Ihr Alter lag zwischen 18 und 65 Jahren; das Durchschnittsalter betrug 35 Jahre. Für die jüngeren Jahrgänge galt als Zusatzkriterium, daß sie selbständig wohnen. Die Amsterdamer und die Berliner Teilnehmer wurden auf eine vergleichbare Weise angesprochen und über die Art der Studie informiert. Repräsentativ für die Gesamtbevölkerung ist ein derartiger Umfang der Umfragepopulationen selbstverständlich nicht; er erlaubt aber durch die Anwendung der entsprechenden statistischen Methoden sehr wohl die Feststellung aussagekräftiger gesellschaftlicher Unterschiede.

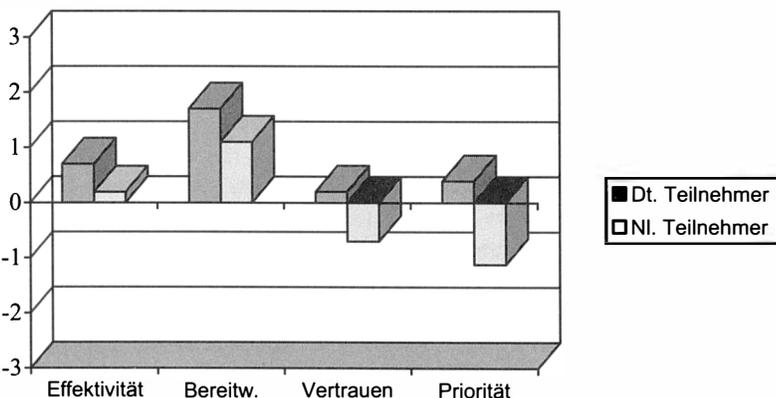
Tabelle 1.1: Übersicht 1 der Resultate des vergleichenden Umfrageteils.



Themen: persönliche Bewertung des Ernstes der Umweltprobleme; Beurteilung der von ihnen ausgehenden Bedrohung; Aufmerksamkeit für Umweltprobleme; Einschätzung der Notwendigkeit eines eigenen Beitrags zu ihrer Lösung.⁵

Auffallend war auch der Umfang, in dem die jüngeren Teilnehmer (bis 30 Jahre) in ihrem Lösungsvertrauen von den älteren abwichen. Dabei waren die jüngeren Deutschen hinsichtlich potentieller Lösungen leicht positiv gestimmt, während die jungen Niederländer ein deutlich geringeres Vertrauen zeigten.

Tabelle 1.2: Übersicht 2 der Resultate des vergleichenden Umfrageteils.



Themen: Bewertung der Effektivität eines eigenen Beitrags; Bereitwilligkeit zu einem eigenen Beitrag; Lösungsvertrauen (bei Jüngeren bis 30 Jahre); Beurteilung der Höhe der Priorität der Umweltpolitik der jeweiligen Regierung.

⁵ Die Beantwortung der einzelnen Fragen erfolgte auf einer Sieben-Punkt-Skala (-3 bis +3). Die Tabellen zeigen den Durchschnitt der Antworten auf die jeweilige Frage bei beiden Befragungspopulationen.

Ein wichtiges Resultat war die größere Bereitschaft deutscher Teilnehmer zum persönlichen Einsatz als ein Ergebnis des größeren Bewußtseins vom Ernst der Problematik und der höheren Einschätzung der Notwendigkeit und Wirksamkeit eines eigenen Beitrags. Schließlich zeigten die Ergebnisse bei den Teilnehmern beider Populationen ein deutliches Bewußtsein der Priorität, die die jeweilige Regierung der Umweltproblematik beimaß: Aus der Beurteilung der niederländischen Seite war die geringere Priorität der Haager Politik klar abzulesen.

Die Frage ist, inwieweit die hier wahrgenommenen Mentalitätsunterschiede eher Ursache oder Folge der unterschiedlichen Regierungspolitik sind. Wie einleitend bereits festgestellt, gab es schon vor dem Regierungsantritt Balkenendes Unterschiede im Umweltbewußtsein zwischen Deutschen und Niederländern. Die Zahl der in der vorliegenden Studie festgestellten Variablen in den beiderseitigen Mentalitäten und der Grad der Unterschiede führen indes zu der Frage, ob die schon vor dem Jahr 2002 vorhandenen Mentalitätsunterschiede durch die inzwischen seit beinahe drei Jahren geltende Prioritätsverringering in der niederländischen Umweltpolitik weiter zugenommen haben. Zur Beantwortung dieser Frage wurde im experimentellen Forschungsteil, wie oben kurz ausgeführt, den Befragten beider Länder jeweils eins von zwei abweichenden Szenarien mit einer unterschiedlichen Prioritätensetzung der zukünftigen Umweltpolitik ihrer eigenen Regierung vorgelegt. In der Version einer geringen Prioritierung lag der Nachdruck der beschriebenen Regierungsambitionen auf dem Gebiet des Wirtschaftswachstums, während die Version der hohen Prioritierung dem Umweltschutz Vorrang gegenüber wirtschaftlichen Zielsetzungen beimaß. Im Hinblick auf ihre Glaubwürdigkeit wurden diese Textversionen so gut wie möglich der politischen Aktualität zum Zeitpunkt der Umfrage angepaßt.

| | Niedrige zukünftige Umweltpriorität | Hohe zukünftige Umweltpriorität |
|---|---|---|
| Die vorgelegten deutschen Zu- kunftsszenarien | Nach monatelangen Auseinandersetzungen zeichnet sich ab, daß die Bundesregierung sich in den kommenden Jahren in verstärktem Maße um wirtschaftliches Wachstum bemühen wird. Als Folge hiervon wird sie eine Reihe ihrer umweltpolitischen Ziele der letzten Jahre aufgeben und sich in ihrem eigenen Handeln weniger auf eine internationale Führungsrolle richten. Auch für bestimmte Bereiche der Wirtschaft werden die Umweltauflagen verringert. | Nach monatelangen Auseinandersetzungen zeichnet sich ab, daß die Bundesregierung sich in den kommenden Jahren trotz der kürzlich leicht abgeschwächten CO ₂ -Normen weiterhin in starkem Maße auf die Beseitigung von Umweltschäden richten wird. Um dies zu erreichen, wird sie neue, gezielte umweltpolitische Maßnahmen ergreifen, die sowohl das staatliche Handeln als auch Teile der Wirtschaft betreffen. |

| | | |
|---|--|---|
| <p>Die vorgelegten niederländischen Zukunftsszenarien</p> | <p>Die Regierung beabsichtigt in den kommenden Jahren, ihre Politik im wesentlichen auf die Förderung des Wirtschaftswachstums auszurichten. Als Folge davon wird sie bei ihren Maßnahmen eine Reihe der ehrgeizigen Umweltziele der vergangenen Jahre aufgeben und sich zukünftig mehr an allgemeine europäische Normen halten. Auch für die Wirtschaft ist eine Lockerung der Regelungen vorgesehen, so daß gute Wachstumsraten erzielt werden können.</p> | <p>Auf das intensive Drängen u.a. des Staatssekretärs Pieter van Geel zollt die Regierung seit kurzem in ihrer Politik dem Ernst der heutigen Umweltprobleme Anerkennung und hat beschlossen, ihre Politik in den kommenden Jahren mehr auf das Zurückdrängen von Umweltschäden zu richten. Hierfür wird sie für das staatliche Handeln und für die Wirtschaft strengere Umweltnormen einführen, um den Versuch einer Verringerung des CO₂-Ausstoßes zu unternehmen.</p> |
|---|--|---|

Das Ergebnis dieses Forschungsteils zeigt deutliche Einflüsse der Priorität der Umweltpolitik der Regierungen auf die persönlichen Einstellungen (siehe dazu Tabellen 2.1 und 2.2). So wurde die Notwendigkeit eines persönlichen Engagements klar erkennbar aus der zukünftigen Prioritierung der Regierung abgeleitet: Bei beiden Populationen führte eine höhere Priorität der Regierungspolitik zu einer Erhöhung der Einsicht, daß man selbst etwas tun müsse.

Tabelle 2.1: Übersicht 1 der Resultate des experimentellen Umfrageteils: deutsche Teilnehmer.

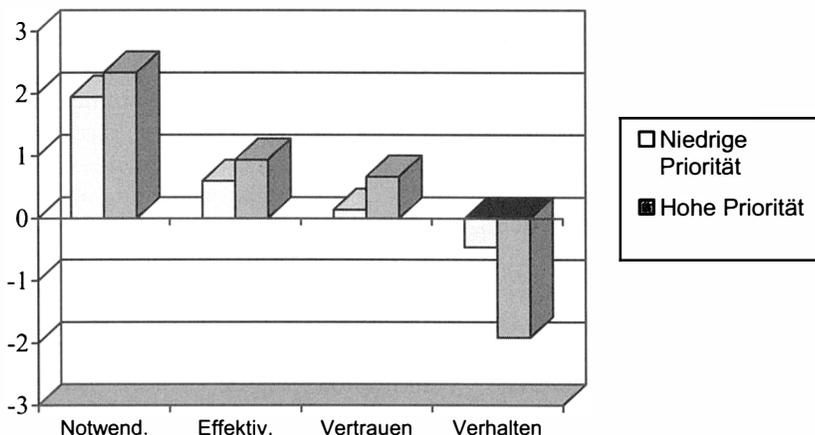
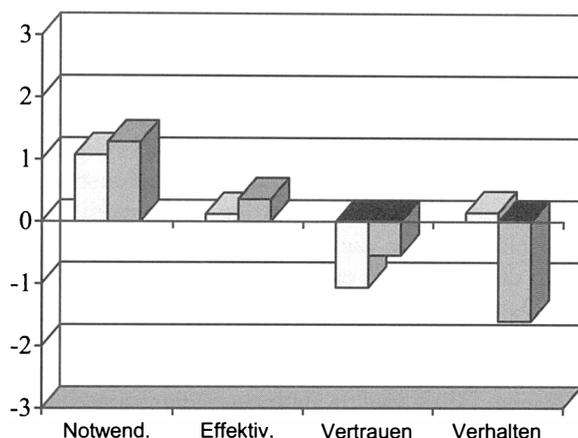


Tabelle 2.2: Übersicht 2 der Resultate des experimentellen Umfrageteils: niederländische Teilnehmer.



Tabellen 2.1 und 2.2: Übersicht der Resultate des experimentellen Umfrageteils. Den Teilnehmern wurde entweder ein Text mit hoher oder einer mit niedriger zukünftiger Priorität der Umweltpolitik vorgelegt. Themen: Einschätzung der Notwendigkeit eines eigenen Beitrags; Effektivität eines eigenen Beitrags; Lösungsvertrauen; eigene Absichten im Hinblick auf zukünftiges umweltbelastendes Verhalten in den Bereichen Fliegen, Autofahren, Heizen und Kauf von Luxusgütern. Diese Graphiken geben den Durchschnitt der Antworten auf die Fragen hinsichtlich beider experimenteller Versionen wieder.

Auch reagierten die Befragten auf eine hohe Priorisierung von Regierungspolitik mit einem höheren Lösungsvertrauen und einer zugenommenen Einschätzung der Wirksamkeit individuellen Handelns. Besonders stark erwies sich der Zusammenhang zwischen der beabsichtigten Begrenzung umweltbelastenden Verhaltens in den Bereichen Fliegen, Autofahren, Heizen und Kauf von Luxusgütern und der Höhe der Priorität zukünftiger Umweltpolitik: Konfrontiert mit einer hohen Priorität, war der Durchschnitt der Befragten bereit, die eigenen umweltbelastenden Handlungsabsichten deutlich einzuschränken.

Aus diesen Ergebnissen des experimentellen Teils der Studie läßt sich schließen, daß die unterschiedlichen Einschätzungen über den Ernst und den Umfang aktueller Umweltprobleme in den Niederlanden und Deutschland in einem nicht unerheblichen Maße durch die jeweilige Prioritätensetzung mitbeeinflusst sind, die beide Regierungen diesem Problembereich in den letzten Jahren zuerkannt haben.

4. Relevante Einflußprozesse

Die Analyse des Zusammenhangs von Regierungspolitik und Mentalitätsentwicklung weist auf drei relevante Einflußprozesse: auf die Signalwirkung auf die Wahrnehmung des Ernstes der Problematik, auf den Einfluß der Perzipierung einer gerechten Verantwortungsverteilung zwischen Staat und

Bürger und auf den Einfluß staatlichen Handelns auf das Lösungsvertrauen der Bevölkerung.

4.1 Signalfunktion

Die Ergebnisse meiner Untersuchung zeigen, daß die gegenwarts- und zukunftsgerichtete Prioritierung der Umweltpolitik eine wichtige Signalfunktion für die Bevölkerung hat. Die allgemeine Einschätzung von Ernst und Dringlichkeit der vorhandenen Umweltprobleme werden ebenso sehr durch die Haltung der Regierung beeinflusst wie die Bereitschaft, selbst zu Lösungen beizutragen. Je stärker sich die Regierung engagiert, desto mehr wird auch die Bevölkerung mobilisiert. Darüber hinaus bestimmt der Grad des staatlichen Engagements die Aufmerksamkeit der Medien und auf diese Weise auch die Beachtungswahrscheinlichkeit der Bevölkerung für Umweltfragen. Eine verstärkte Beachtung führt in vielen Fällen zu einer Steigerung des Bewußtseins.⁶ Werden die politischen Prioritäten geändert, hat dies eine noch stärkere Signalwirkung. Während eine Intensivierung auf den steigenden Ernst eines Problemfeldes weist, kann eine Lockerung als eine Verminderung des Ernstes interpretiert werden oder auch als ein Hinweis auf die mittlerweile erreichte Verbesserung der Problembewältigung. Die Stärke der hier genannten Signalwirkungen ist in hohem Maße individuell bestimmt und hängt unter anderem mit der politischen Präferenz und der Problemorientierung der jeweiligen Person zusammen. Die vorhandene oder nicht vorhandene Übereinstimmung von politischer Orientierung des einzelnen und der Farbe der Regierungskoalition prägt in vielen Fällen, wie kritisch oder gar ablehnend bestimmte politische Entscheidungen wahrgenommen und interpretiert werden. Ein hohes Maß an Problemorientierung und Problemkenntnis bewirkt, daß die jeweiligen Personen durch die Prioritätensetzung der Regierungspolitik weniger stark beeinflusst werden als weniger gut Informierte.

4.2 Gerechte Verteilung der Verantwortungen

Der zweite relevante Einflußprozeß betrifft die Wahrnehmung einer gerechten Verteilung der Verantwortung zwischen Staat und Bürger. Die Einschätzung, daß die Verantwortungen und Lasten in der Tat gerecht verteilt werden, hatte, wie meine Studie zeigt, einen deutlichen Einfluß auf die die Umwelt belastenden Handlungsabsichten der einzelnen Bürger; dabei führte ein größeres staatliches Engagement bei den Befragten zu einer Verringerung derartiger Absichten. In diesem Zusammenhang kann auch auf die kürzlich publik gemachten Ergebnisse einer Studie des Natur- und Milieuplanbureau des Rijksinstituut voor Volksgezondheid en Milieu (RIVM) hingewiesen werden. Aus ihnen geht hervor, daß 70 Prozent der Niederländer nur dann bereit sind, sich mehr für den Umweltschutz einzusetzen, wenn andere dies auch tun. Zudem müsse der Staat nach Ansicht der Befragten für ein breites

⁶ M.R. PERLOFF, *Political communication: politics, press and public in America*, Mahwah 1998.

Engagement der Bevölkerung sorgen.⁷ Das ist eine legitime Reaktion auf die gegenwärtigen Umweltfragen. Die Probleme sind zu komplex und zu umfangreich, um ausschließlich durch individuelle Anstrengungen gelöst zu werden, und die Besorgnis ist durchaus berechtigt, daß die eigenen Bemühungen angesichts einer geringen Handlungsbereitschaft anderer wirkungslos bleiben könnten. Sozialpsychologische Forschungen zeigen zudem, daß die Angst vor einem relativen Zurückbleiben hinter anderen, die sich keine Einschränkungen auferlegen, viel größer ist die Angst vor den wirklichen Kosten eines sozial verantwortlichen Verhaltens.⁸ In einem derartigen Kontext sind kollektive Lösungsansätze geboten.

4.3 Lösungsvertrauen

Der dritte und sicher nicht unbedeutendste Einflußprozeß betrifft die Auswirkungen der Regierungspolitik auf die Erfahrung der Wirksamkeit eigenen Handelns und, wichtiger noch, auf das allgemeine Lösungsvertrauen der Bevölkerung. Die Ergebnisse des experimentellen Teils der vorliegenden Studie lassen vermuten, daß die sichtbar gewordenen Unterschiede im Vertrauen auf eine adäquate Lösung von Umweltproblemen bei jüngeren deutschen und niederländischen Respondenten zu einem erheblichen Teil durch die unterschiedliche Umweltpolitik beider Regierungen bewirkt sind. Das unmittelbar zurückliegende Umweltverhalten der jeweiligen Koalitionsregierungen hat auf Jüngere einen relativ größeren Einfluß gehabt als auf Ältere und auf diese Weise die ersteren am stärksten in ihren Auffassungen beeinflusst. In der sozialen Psychologie ist seit langem bekannt, daß Lösungsvertrauen für die Problem- bzw. Gefahrenperzeption eine Schlüsselrolle spielt.⁹ Fehlt das Vertrauen in angemessene Lösungen in einem als bedrohlich erfahrenen Zusammenhang, so stellt dies ein wichtiges Hindernis für eine konstruktive Reaktion der Betroffenen dar und führt in vielen Fällen zur Problemmeidung oder Problemverdrängung. Ist eine derartige Situation von längerer Dauer, kann dies selbst zu einer langfristig verminderten Ansprechbarkeit für Problemsignale oder -informationen führen.¹⁰

⁷ MILIEU- EN NATUURPLANBUREAU RIVM, *Kwaliteit en toekomst. Verkenning van duurzaamheid*, Bilthoven 2004.

⁸ N.L. KERR/S.E. BRUUN, *Dispensability of member effort and group motivation losses. Free rider effects*, in: *Journal of Personality and Social Psychology* 44 (1983), S. 78–94; C.D. SAMUELSON/D.M. MESSICK, *Let's make some new rules. Social factors that make freedom unattractive*, in: R.M. KRAMERR/D.M. MESSICK (Hrsg.), *Negotiation as a social process*, Thousand Oaks 1995.

⁹ H. LEVENTHAL, *Findings and theory in the study of fear communications*, in: L. BERKOWITZ (Hrsg.), *Advances in Experimental Social Psychology* 5 (1970), S. 119–186; R.W. ROGERS, *A protection motivation theory of fear appeals and attitude change*, in: *The Journal of Psychology* 91 (1975), S. 93–114.

¹⁰ C. JEPSON/S. CHAIKEN, *Chronic issue specific fear inhibits systematic processing of persuasive communications*, in: *Journal of Social Behaviour and Personality* 5 (1990), S. 61–84.

5. Politische Orientierung und Umweltbewußtsein

Bei beiden untersuchten Populationen zeigten die Umfrageergebnisse große Unterschiede im Umweltbewußtsein zwischen den Befragten, die eine progressive oder konservative politische Orientierung angaben.¹¹ Beim konservativen Teil der Befragten ergab sich eine deutlich geringere Einschätzung des Ernstes der Umweltproblematik, ein geringeres Interesse an der Thematik, eine geringere Bereitschaft zu einem eigenen konstruktiven Beitrag und ein höheres Ausmaß an umweltbelastenden Handlungsabsichten.

Eine mögliche Erklärung für diese Unterschiede liegt in der gesellschaftlichen Einschätzung der Umweltfrage als ein linkes Thema.¹² Es waren linksstehende politische Parteien und Vereinigungen, die sich seit den siebziger Jahren für die Durchsetzung von Umweltzielen in Industrie und Gesellschaft einsetzten, und der größte Teil an Informationen über Umweltprobleme kommt seitdem von Vereinigungen und Instanzen, die in starkem Maße progressiv geprägt sind. Möglicherweise hat diese Verbindung zwischen der Umweltfrage und linken politischen Standpunkten konservativ orientierte weniger empfänglich für Informationen und Berichterstattung zum Thema Umwelt gemacht.

Weltweit wächst der wissenschaftliche Konsens über die zunehmenden Umweltprobleme, wie sie das weitere Anwachsen der Weltbevölkerung und die Steigerung von Industrie und Verkehr verursachen; hieraus resultieren unter anderem Klimawandel, Anstieg des Meeresspiegels und Verringerung der Biodiversität, und dementsprechend nehmen Warnungen zu.¹³ Vor diesem Hintergrund ist eine Entkoppelung der Umweltfrage von politischen

¹¹ Da die politische Links-Rechts-Kontroverse für die Beurteilung der Umweltproblematik seit Jahrzehnten eine zentrale Rolle spielt, sind die untersuchten Populationen auch im Rahmen meiner Studie nach diesem Schema eingeteilt. Dabei wurden diejenigen niederländischen Teilnehmer als konservativ angemerkt, die eine politische Präferenz für die Parteien Christen-Democratisch Appèl (CDA) und Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD) angaben, während die Befragten mit einer Präferenz für die Parteien Partij van de Arbeid (PvdA), GroenLinks und Socialistische Partij (SP) als progressiv eingeordnet wurden. Befürworter der D66 wurden entsprechend ihrer sonstigen politischen Präferenz dem jeweiligen Lager zugeordnet. In der deutschen Population erscheinen die Befragten mit einer Präferenz für die SPD, die Grünen und die PDS als progressiv/linksgerichtet, während die auf die CDU und FDP hin Orientierten den Konservativen zugerechnet wurden.

¹² J.W. BECKER/A. VAN DEN BROEK /M.A.J.C. NAS, *Publieke opinie en milieu. Een verkenning van het sociale draagvlak voor het milieubeleid op grond van survey-gegevens*, Den Haag 1996.

¹³ D.A. KING, *Climate Change Science: Adapt, Mitigate, or ignore?*, in: *Science*, Bd. 303 vom 09.01.2004, S. 176 f.; D.C. ESTY u.a., *2005 Environmental Sustainability Index. Benchmarking National Environmental Stewardship*, New Haven 2005, abzurufen unter der Adresse http://www.yale.edu/esi/ESI2005_Main_Report.pdf; THE INTERNATIONAL CLIMATE CHANGE TASK FORCE, *Meeting the Climate Challenge. Recommendations of the International Climate Change Taskforce*, London/Washington/Canberra 2005, im Internet abrufbar unter http://www.tai.org.au/Publications_Files/Papers&Sub_Files/Meeting%20the%20Climate%20Challenge%20FV.pdf.

Links-Rechts-Positionen wünschenswert. Voraussetzung für eine Mentalitätsveränderung in konservativen Kreisen ist die Verstärkung der Einsicht in die jetzt bereits erkennbaren und die zukünftigen Umweltbelastungen unserer industrialisierten Gesellschaft. Neue Informationsansätze, die sich nicht einfach als politisch einseitig orientiert wegschieben lassen, können größere Überzeugungskraft für politisch konservativ Orientierte haben und damit bei diesem Teil der Gesellschaft zu einer höheren Verantwortungsakzeptanz und Opferbereitschaft führen.

6. Abschließende Überlegungen zur Umweltpolitik in Deutschland

Wie die Ergebnisse dieser Studie erkennen lassen, entspricht das Umweltbewußtsein in Deutschland mehr als in den Niederlanden der gegenwärtigen Entwicklung der Problematik. In den verschiedenen untersuchten Segmenten der deutschen Bevölkerung herrscht eine weitverbreitete Vorstellung über den Ernst der Umweltsituation und der Notwendigkeit, konstruktiv zu einer Lösung beizutragen. Die Resultate des experimentellen Teils der Untersuchung legen es nahe, in dem vergleichsweise hohen Umweltbewußtsein der Bevölkerung auch einen Einfluß der Umweltpolitik der Bundesregierung zu sehen. Die in der Regierungspolitik sichtbar werdende hohe Priorität umweltpolitischen Handelns hat zusammen mit dem öffentlichen Eindruck verstärkter Einwirkungsmöglichkeiten und einer höheren Wirksamkeit persönlichen Engagements offenbar bei vielen Einzelpersonen auch zu einer größeren Bereitschaft zum Mitwirken geführt.

Die Analyse der Umfrage zeigt jedoch auch weniger positive Ergebnisse der Umweltpolitik der jetzigen Bundesregierung. Dabei fallen zwei möglicherweise im Zusammenhang stehende Punkte auf: eine sehr geringe Zufriedenheit über die heutige Umweltpolitik bei politisch konservativ orientierten Befragten und ein geringes Vertrauen in die Handlungsbereitschaft der eigenen Mitbürger vor allem bei Älteren und Besserverdienenden. Vielgenannte Punkte der Kritik im konservativen Lager der Bundesrepublik sind zu hohe Kosten und ein zu weitgehendes Ambitionsniveau deutscher Umweltpolitik. Auch aus der durchgeführten Umfrage geht bei konservativen Befragten eine derartige Einschätzung einer eher negativen Wirkung der gegenwärtigen Umweltpolitik auf die Entwicklung der Wirtschaft hervor. Die von konservativen Kreisen und diversen Presseorganen geäußerte Kritik an zu weitgehenden umweltpolitischen Maßnahmen hat möglicherweise in Teilen der deutschen Gesellschaft den Eindruck erweckt, es gäbe keine allgemeine gesellschaftliche Akzeptanz umweltpolitischen Eingreifens. Dies könnte das geringe Vertrauen in die Handlungsbereitschaft der eigenen Mitbürger mitverursacht haben. Wenn diese Hypothese zutrifft, wäre dies eine unglückliche Auswirkung der Kritik, spielt doch die Tatsache, daß man auf das konstruktive Mitwirken der Bevölkerung in ihrer Gesamtheit vertraut, eine wichtige Rolle für die Bereitschaft und Motivation zum eigenen Engagement jedes einzelnen.

Selbstverständlich erzeugt jedes politische Handeln sowohl Zustimmung als auch Ablehnung, und so überrascht es nicht, daß man in bestimmten

konservativen Kreisen kritisch auf eine progressiv, in diesem Falle rot-grün eingefärbte Umweltpolitik reagiert. Die in meiner Studie sichtbar gewordenen unterschiedlichen Einschätzungen der Umweltproblematik bei den progressiven und konservativen Teilnehmern zeigen indessen auch, wie wichtig eine klare öffentliche Vermittlung der Notwendigkeit eingreifender Umweltmaßnahmen ist, zugleich aber auch das große Risiko öffentlichen Widerstands, wenn Regierungsmaßnahmen Formen der Zurückhaltung oder Einschränkung beim Bürger implizieren.¹⁴

Vor dem Hintergrund des zunehmenden Widerstands in der Gesellschaft wird die Bundesregierung der Öffentlichkeitswirksamkeit ihrer Umweltpolitik in Zukunft sicherlich stärkere Aufmerksamkeit widmen müssen. Neben der überzeugenden Vermittlung des angesichts der Größe der zukünftigen Probleme auf diesem Felde Gebotenen wird dabei auch auf eine frühzeitige Abwägung von Wirkungen und Risiken, von Wirksamkeit und gesellschaftlicher Resonanz notwendig sein. Erfordern bestimmte Maßnahmen einen großen Einsatz der Bevölkerung, ohne daß man im allgemeinen von ihrem Nutzen überzeugt ist, so besteht die Gefahr des Unverständnisses gegenüber den diesbezüglichen Maßnahmen, aber auch wachsender Ablehnung von umweltpolitischen Eingriffen überhaupt. Ein Beispiel hierfür ist das Dosenpfand. Blickt man auf die Schwierigkeiten bei der Einführung dieser Maßnahme und die damit verbundene heftige öffentliche Diskussionen, kann man sich fragen, ob der wirkliche Gewinn für die Umwelt in einem angemessenen Verhältnis zu dem Verlust an Tragfähigkeit für umweltgerichtete Verbesserungen im allgemeinen steht, wie er durch mancherlei Beschwerlichkeiten der neuen Bestimmungen erzeugt wurde.

Insgesamt kann die Bundesregierung im internationalen Vergleich auf eine relativ erfolgreiche und verantwortungsvolle Umweltpolitik verweisen. Trotz zwischenzeitlicher Auseinandersetzungen über die Höhe der CO₂-Norm zwischen Umweltminister Jürgen Trittin und Wirtschaftsminister Wolfgang Clement und wachsender Kritik von konservativer Seite hat sie ihre umweltpolitischen Zielsetzungen in hohem Maße realisieren können. Es kann indessen nicht überraschen, daß Umweltschutzverbände weitergehende Forderungen stellen. Festzuhalten ist jedoch, daß neben erkennbaren Verbesserungen für die Situation der Umwelt selbst, der Steigerung der Zahl der Arbeitsplätze in innovativen Umweltindustrien und dem internationalen Imagegewinn als ein hinsichtlich der Umwelt verantwortlich und richtungsweisend handelndes Land auch positive Wirkungen auf die Mentalität bei großen Teilen der deutschen Öffentlichkeit zu vermerken sind.

7. Abschließende Überlegungen zur Umweltpolitik in den Niederlanden

Die vergleichende Untersuchung macht wahrscheinlich, daß das bei den niederländischen Respondenten konstatierte geringere Bewußtsein vom Ernst und vom Umfang der Umweltproblematik durch die Umweltpolitik der letzten Jahre mitbeeinflusst wurde. Auch die geringere Handlungsbereitschaft und stärker

¹⁴ J.W. BREHM, *A theory of psychological reactance*, Oxford 1966.

vorhandenen Neigungen zu umweltbelastendem Verhalten können anscheinend teilweise auf die Haltung der niederländischen Regierung zurückgeführt werden. In einer Zeit zunehmender weltweiter Bedrohungen hat die Regierung seit ihrem Antreten durch die Prioritätsverminderung im Umweltbereich irreführende Signale über die Notwendigkeit umweltgerichteter Maßnahmen gegeben. Dies dürfte dabei vor allem auf die Teile der Bevölkerung gewirkt haben, die den wahren Umfang der Umweltproblematik nicht übersehen und daher leicht geneigt sind, ein Zurückweichen der Regierung als einen Anlaß für mangelnde Handlungsnotwendigkeit zu interpretieren. Die niederländischen Oppositionsparteien, die diese Prioritätsverminderung nicht zu einem wirklichen Kernpunkt ihrer Kritik an der Regierung gemacht haben, sind nicht in der Lage gewesen, die irreführenden Signale der Politik der niederländischen Regierung zu kompensieren, was als ein weiterer negativer Einfluß auf das umweltgerichtete Problembewußtsein der Öffentlichkeit in den Niederlanden angemerkt werden kann.

Die Regierung in Den Haag hat durch ihre Politik zudem nicht den Eindruck erweckt, daß sie ihren eigenen Anteil der Verantwortung für die Bewältigung der Umweltprobleme vollständig übernimmt. Vor diesem Hintergrund sind die wiederholten Plädoyers des heutigen Umweltstaatssekretärs Pieter van Geel für ein größeres Umweltengagement der Bevölkerung durchaus fragwürdig. Hier erscheint die Frage angebracht, auf welche Weise von der Bevölkerung umweltgerichtete Anstrengungen erwartet werden können, wenn sich ein großer Spieler wie die Regierung eher zurückhält.

Die potentiell negative Wirkung der Politik der heutigen niederländischen Regierung auf das Vertrauen der Bevölkerung, zu einer adäquaten Lösung von Umweltproblemen beizutragen, ist besonders dort besorgniserregend, wo es um die Jüngeren geht. Wenn jüngere Niederländer ein geringeres Lösungsvertrauen als die älteren, aber auch als gleichaltrige Deutsche zeigen, stellt sich die Frage, wie unter den heutigen Umständen das notwendige Engagement gerade dieser Generation erwartet werden kann.

In der nächsten Zukunft werden die zunehmenden Umweltprobleme durch die steigende Behandlung in den Medien wahrscheinlich mehr und mehr öffentliche Aufmerksamkeit finden. In dem dabei entstehenden Stimmungsklima bildet das vorhandene Lösungsvertrauen einen Schlüsselfaktor für eine breite öffentliche Handlungsbereitschaft. Die Haltung der Regierung spielt eine wichtige Rolle für das Zustandekommen dieses notwendigen Lösungsvertrauens. Die Voraussetzung für ein breit getragenes Engagement der Öffentlichkeit ist daher eine Regierung, die durch ihr politisches Verhalten signalisiert, daß der Einsatz eines jeden Einzelnen notwendig ist und sie selbst ihren eigenen Anteil beiträgt.